

# E 167-NR/XXII. GP

## Entschließung

des Nationalrates vom 21. Dezember 2005

betreffend Islamische Republik Iran, empörende antiisrealische und antisemitische Äußerungen von Präsident Mahmoud Ahmadinejad

Mit tiefer Sorge hat der Nationalrat von den fortgesetzten ungeheuerlichen verbalen Entgleisungen des Präsidenten der Islamischen Republik Iran, weiters von der problematischen Menschenrechtsentwicklung und der Haltung der iranischen Regierung betreffend das Atomprogramm Kenntnis genommen, verurteilt die Äußerungen des iranischen Präsidenten auf das schärfste und ersucht daher die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

- in diesen Fragen weiterhin eine klare Haltung einzunehmen und auf Ebene der Europäischen Union zu unterstützen, nötigenfalls weitere Maßnahmen zu prüfen;
- den Botschafter der Islamischen Republik Iran unverzüglich davon zu unterrichten, dass der Nationalrat der Republik Österreich die Aussagen, die den Holocaust leugnen und das Existenzrecht Israels in Frage stellen, als völlig unakzeptabel zurückweist;
- die Aufforderung des Europäischen Rates aktiv zu unterstützen, der Iran möge sich dem internationalen Konsens über die Notwendigkeit einer Zweistaatenlösung für den palästinensisch-israelischen Konflikt anschließen, die Bemühungen um Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarn unterstützen und keine Gruppen zu unterstützen, die terroristische Handlungen befürworten oder sich daran beteiligen.